

Union

MITGLIEDERMAGAZIN CDU Sächsische Schweiz-Osterzgebirge · Ausgabe 30 · Winter 2020

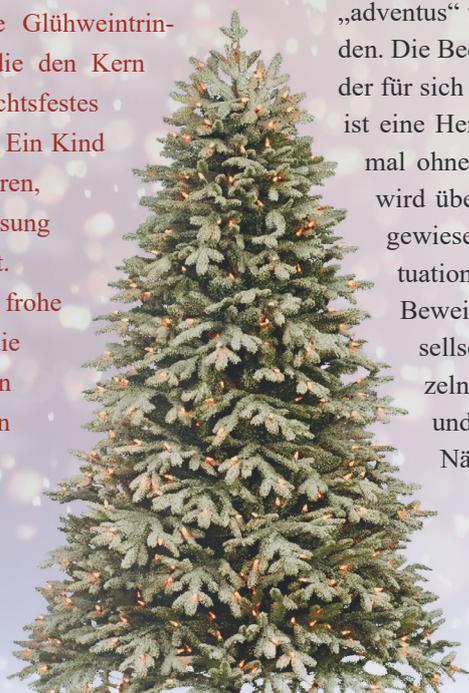


EDITORIAL

Liebe Unionsfreunde,

Der CDU Kreisvorsitzende Prof. Dr. Roland Wöller, Landrat Michael Geisler, Andrea Dombois MdL, Mike Ruckh als Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion und die Mitglieder des Kreisvorstandes wünschen allen Mitgliedern und Freunden der CDU Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest.

Genießen Sie das Fest, das von uns allen in diesem Jahr ein besonderes Maß an Vorsicht und Rücksichtnahme verlangt. Besinnen wir uns darauf, dass es nicht die Weihnachtsmärkte, die weihnachtlich geschmückten Kaufhäuser und das gemeinsame Glühweintrinken sind, die den Kern des Weihnachtsfestes ausmachen. Ein Kind ist uns geboren, das die Erlösung gebracht hat. Dies ist die frohe Botschaft, die uns in diesen Tagen helfen soll.



Die 30. Ausgabe zur Adventszeit 2020 wäre auch für das Redaktionsteam Anlass gewesen, einen zusammenfassenden Rückblick zu nehmen. Mit dem Gebot der Kontaktminimierung ging jedoch einher, dass die Mehrzahl der diesjährigen Verbandsversammlungen abgesagt werden mussten. Für unsere Verbandsarbeit ist die derzeitige Situation ein Anstoß, gewohnte Routinen zu überdenken und gegebenenfalls zu verlassen. Digitale Veranstaltungen können die echte Begegnung und den Austausch untereinander nicht ersetzen, sie sind aber eine gute Möglichkeit, in Kontakt zu bleiben und auch künftig bestehende Angebote zu ergänzen. Durch diese Formate kann man jedoch etliche erfahrene, ältere Mitglieder nur schwer erreichen, weshalb es uns ein wichtiges Anliegen war, eine neuerliche Ausgabe Ihrer Verbandszeitung auf den Weg zu bringen. Parallel dazu unterstützt der CDU-Kreisverband seit November die einzelnen Verbände künftig noch stärker dabei, digitale Veranstaltungen durchzuführen und stellt hierfür eine virtuelle Umgebung bereit.

Schließlich möchten wir Ihnen auf diesem Wege von Herzen eine gute, gesunde Adventszeit wünschen. Das Wort „Advent“ kommt vom lateinischen „adventus“ und bedeutet „Ankunft“. Gemeint ist die Ankunft Jesu auf Erden. Die Bedeutung der Weihnachtszeit im Jahreskreislauf kann freilich jeder für sich – ob gläubig oder nicht – entdecken. Advent in Corona-Zeiten ist eine Herausforderung, aber auch eine Chance, die Vorweihnachtszeit mal ohne Trubel zu erleben. Inmitten der derzeitigen praktischen Not wird überdies deutlich, dass wir alle aufeinander angewiesen sind. Die aktuelle Situation fordert von uns den Beweis, dass wir als Gesellschaft und jeder Einzelne ein offenes Herz und den Blick für den Nächsten haben.



Es grüßen Sie herzlich Ihr Redaktionsteam
Dr. David Apel und Peter Darmstadt

Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit



Prof. Dr. Roland Wöller
Sächsischer Staatsminister des Innern

Um diesen Sicherheitsbedürfnis gerecht zu werden, haben wir uns als Union zum Ziel gesetzt, dass der Freistaat Sachsen eines der sichersten Länder der Bundesrepublik Deutschland werden soll. Ein essenzielles Puzzleteil zur Erreichung dieses Ziels ist unsere sächsische Polizei. Wir brauchen ausreichend Polizistinnen und Polizisten mit den notwendigen Kompetenzen, mit bester Ausbildung und bester Ausrüstung. Denn sie sind es, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten, den Rechtsstaat durchsetzen und somit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken.

Doch die Zeiten sind rauer geworden und die damit verbundenen Herausforderungen haben sich verändert. Gerade die jüngsten Terrorakte in Dresden, Paris, Nizza und Wien haben gezeigt, wie verwundbar unsere demokratische und offene Gesellschaft ist. Es ist aber nicht nur der islamistische Terrorismus und Extremismus, der unsere freie und offene Gesellschaft bekämpfen will. Auch Bedrohungen, durch den Links- und Rechtsextremismus und den Rechtsterrorismus stellen eine aktuelle Gefahr dar. So haben uns unter anderem die Taten in Halle und Hanau gezeigt, zu welchen terroristischen Handlungen diese Szene fähig ist. Es gehört zum Kalkül von Terroristen, Furcht und Schrecken in der Bevölke-

Aufgabe des Staates ist es, Leben, leibliche Unversehrtheit, Freiheit und Eigentum zu schützen. Nur wenn der Staat seine Schutzaufgabe erfüllt, kann er auf das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger hoffen. Sicherheit schafft Vertrauen und Vertrauen schafft Sicherheit. Heutzutage ist es für die Menschen selbstverständlich, dass sie sich auf Straßen, in Bahnhöfen, in Wohnungen oder im Internet frei und sicher bewegen können.



UM FREI ZU SEIN MUSS MAN SICH AUCH SICHER FÜHLEN KÖNNEN.

rung verbreiten zu wollen. Auch Massen lassen sich durch soziale Medien schnell mobilisieren, Cyberangriffe haben ein hohes Dunkelfeld erreicht, die Gewaltbereitschaft von Versammlungs- und Demonstrationsteilnehmern nimmt zu, Amts- und Mandatsträger werden bedroht, einzelne Personen radikalieren sich auch ohne extremistische Vergangenheit, Einsatz- und Ermittlungsaufwand bei Prüfverfahren oder Beobachtung von Gefährdern steigen, und Angriffe auf Polizisten, Rettungsdienste oder staatliche Einrichtungen bilden leider keine Ausnahme mehr.

Wenn die Gesellschaft sich wandelt, so muss sich auch die Polizei wandeln. Als Union ist es unsere Aufgabe, diesen Wandel zu erkennen und

die Polizei in die Lage zu versetzen, die Herausforderungen der modernen Zeit zu meistern. Wir wollen eine handlungsfähige und leistungsstarke Polizei, die in gesellschaftlichen Umbrüchen und auch in neuen Kriminalitätsgefahren das Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit bestens gewährleisten kann.

Der Freistaat hat bereits viel unternommen, um unseren sächsischen Polizistinnen und Polizisten ein gutes Handwerkszeug bereitzustellen. Der Personalaufbau bei der Polizei hat bereits begonnen, mit der Novellierung des Sächsischen Polizeigesetzes im Jahr 2019 hat unsere Polizei ein modernes Gesetz bekommen und die Kooperation mit unseren Nachbarn Polen und Tschechischer

news

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Neuer Vorstand in Dippoldiswalde

Am Vorabend des 30. Jahrestages der Deutschen Einheit fand im CDU Stadtverband Dippoldiswalde unter strenger Einhaltung der Corona-Regeln die erste Mitgliederversammlung mit turnusmäßigen Vorstandswahl seit Ausbruch der Pandemie statt.

Republik zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität ist in vollem Gange. Auch im Kampf gegen Cybercrime ist das Cybercrime Competence Center (SN4C) des Landeskriminalamtes erfolgreich.

Die sächsischen Sicherheitsbehörden sind gut vorbereitet und hoch engagiert. Sie genießen dabei mein uneingeschränktes Vertrauen und meine vollste Unterstützung. Deshalb müssen wir jederzeit darauf achten, dass sie alle erforderlichen Mittel zur Verfügung haben, um den Bedrohungen wirksam zu begegnen. Dazu gehören auch mehr Personal sowie Kompetenzen auf der Höhe der Zeit. In einer immer stärker vernetzten und digitalen Welt müssen wir zudem für eine noch engere europäische und internationale polizeiliche Zusammenarbeit Sorge tragen.

Menschen, die unsere offene Lebensweise ablehnen und schwerste Straftaten oder gar Anschläge planen, haben ihr Bleiberecht in unserem Land verwirkt. Auf der nächsten Innenministerkonferenz werde ich mich dafür einsetzen, dass Gefährder sowie schwere Straftäter, welche unser friedliches Zusammenleben bekämpfen, wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

Auch wenn die aktuellen und künftigen Aufgaben sehr groß sind, freut es mich persönlich sehr, dass die Menschen im Freistaat Sachsen ein hohes und auch sehr hohes Vertrauen in unsere Polizei haben, welche sich tagtäglich für das Gemeinwesen und Gemeinwohl einsetzt – auch unter Gefahr für Leib und Leben.

Dies stärkt mich als Staatsminister des Innern umso mehr in meiner Auffassung, dass wir auch in Zukunft diejenigen besser schützen müssen, die für unsere Sicherheit eintreten. Denn Sicherheit ist die Voraussetzung für unsere Freiheit.

Die Mitgliederversammlung war selten so gut besucht, wie an diesem Tag. Der Termin für die Mitgliederversammlung war bewusst gewählt, war es doch allen ein Bedürfnis eben diesem 30. Jahrestag würdig zu gedenken. Das war doch ein Ereignis, welches unser aller Leben veränderte. Im Sitzungsprotokoll der Volkskammer vom 23. August 1990 steht folgender Satz:

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit der Wirkung vom 3. Oktober 1990.“

Ein Satz, der an Nüchternheit nicht zu übertreffen ist.

„Wir alle wissen, welche beeindruckende und mutige Vorgeschichte dieser Satz hat“, betonte die Stadtverbandsvorsitzende (Oberbürgermeisterin) Kerstin Körner.

„Wieviel Mut, Furchtlosigkeit und Entschlossenheit dazu gehörten, Freiheit, Demokratie und die Einheit Deutschlands zu fordern. Wir alle erinnern uns, wie sich in der Zeit vom Sommer 1989 bis zu eben jener Volkskammersitzung

die Ereignisse überschlugen, welche Spannung herrschte, wie froh und erleichtert wir alle waren, dass eine friedliche Revolution gelungen war!“

Ein Ereignis der jungen Geschichte Deutschlands, das die meisten unserer Mitglieder selbst erlebt haben.

Erinnerungen waren lebendig und das soll und muss auch so bleiben. Es ist unsere Aufgabe die Erinnerungen weiterzugeben, darüber zu sprechen, aber auch dankbar zurückzublicken.

Ein schöner Abend mit gemeinsamen Erinnern und Gespräche, die oft mit „Weißt du noch ...?“ begannen!

Glück Auf



Kerstin Körner
Oberbürgermeisterin Dippoldiswalde

Corona - Eine Bestandsaufnahme

DAS THEMA DES JAHRES HEISST CORONA, HANDELT VON EINEM VIRUS UND DESSEN WELTWEITER VERBREITUNG.

Zunächst als Meldung aus China von den Medien aufgegriffen, vergeht heute kein Tag, an dem wir nicht mit neuen Zahlen über den Verlauf dieser Infektion überschüttet werden. Die Bilder aus Italien ließen uns noch erschreckt vor dem Bildschirm zurück, doch die Tage in denen wir selbst mit Corona konfrontiert werden sollten, waren nicht mehr fern.



Am 1. März 2020 war es soweit: der erste Infizierte, ein Bürger aus Dippoldiswalde wurde registriert.

Heute sprechen wir schon lange von einer Epidemie, da weltumspannend vorkommend, auch von einer Pandemie. Die Zahlen gehen in die Millionen, hunderttausende Menschen werden täglich in aller Herren Länder positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2, wie der wissenschaftliche Name lautet, getestet.

Anfang November wurden in Deutschland erstmals über 20.000 Neuinfizierte gemeldet. Auch im Landkreis ist die Infektionsentwicklung außerordentlich dynamisch.

Trotz der wissenschaftlichen Nachweise und den eindeutig nachweislichen statistischen Daten, gibt es eine ganze Reihe von Mitbürgern, die vom kompletten Leugnen, dass es diese Krankheit gibt, über die Ablehnung ergriffener Maßnahmen bis zu Zweifeln, die ganze Palette menschlichen Denkens und Handelns widerspiegeln. Weshalb ist das eigentlich so? Zunächst gibt es keine lebenden Zeugen für eine vergleichbare Situation. Die wenigen Ereignisse der letzten Jahre und Jahrzehnte waren oftmals lokal

begrenzt oder in ihrer Auswirkung nicht vergleichbar. Die letzte Pandemie, die verglichen werden kann, ist die Spanische Grippe in den Tagen des ersten Weltkrieges. Im „Schwärmgedächtnis“ der lebenden Generationen gibt es keine Erfahrungswerte und damit keine abrufbaren „Handlungsanweisungen“. Für den durchschnittlichen Deutschen war in den letzten Jahren klar, wenn ich erkrankte, gehe ich zum Arzt, bekomme Medikamente und die Sache war in der Regel erledigt. Und jetzt das, wir werden konfrontiert mit einem Geschehen, das uns oftmals ratlos stehen lässt. Es gibt weder eine anerkannte, bekannte und erfolgreiche Medikamentierung, noch einen Impfstoff.

Hinzu kommt, dass etwa 15-30 Prozent von uns sehr empfänglich für allerlei Verschwörungstheorien sind. Getreu dem Motto, wo kein Wissen, beginnt der Glaube. Also völlig klar, es gibt für diese Menschen keine Krankheit und wenn doch, sind dunkle Mächte im Spiel. Argumenten sind diese Menschen im Allgemeinen nicht zugänglich. Also bringt man seinen Unwillen durch Demonstrationen zum Ausdruck oder tobt sich in den sozialen Netzwerken aus. Man könnte den

Eindruck gewinnen, einem Volk von Virologen am Bildschirm gegenüber zu sitzen.

Seit März beschäftigt uns nun diese Krise und bis auf eine Verschnaufpause im Sommer, sind wir im Landratsamt mit der Ermittlung von Fällen, Beprobungen und Nachverfolgungen beschäftigt. In der Folge ergreifen wir Maßnahmen in Schulen, Kitas und Pflegeheimen. Bestimmte Grundrechte werden per Gesetz eingeschränkt und stehen hinter den nach Infektionsschutzgesetz zu ergreifenden Vorkehrungen zurück.

Geübt aus mehreren Hochwasserkatastrophen verfügen wir im Landkreis über Personal, Logistik und Organisation, um uns mit solchen Situationen auseinanderzusetzen. Und doch ist alles anders. Der „Gegner“ ist unsichtbar, man weiß relativ wenig über das Virus und seine Auswirkungen. Die Bekämpfung beschränkt sich zurzeit auf Bemühungen seine Ausbreitung einzuschränken und Infektionsketten zu brechen. Bei anderen Katastrophen, die wir erfolgreich überwunden haben, war ein Ende absehbar und ihre Auswirkungen waren lokal oder in ihrer Art beschränkt. Wollen wir heute z.B. unsere Katastrophenschutzeinheiten



aktivieren, müssen wir immer im Blick haben, dass die Kräfte hauptamtlich in den Krankenhäusern, Praxen oder Heimen arbeiten und wir nicht oder sehr eingeschränkt über diese verfügen können.

Also waren und sind wir mehr als froh, Unterstützung durch Soldaten der Bundeswehr zu erhalten. Gegenwärtig arbeiten in den Stäben und Teams des Krisenstabes über 150 Menschen täglich, auch über die Wochenenden. Weitere Verstärkungen sind in Vorbereitung. Das Virus breitet sich in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, aber auch überall anders, wo Menschen zusammen sind, aus. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Wir müssen damit rechnen, dass im Verlaufe der nächsten Tage das Virus fast überall zu finden ist.

Die Zielstellung unserer Arbeit besteht darin, eine Überlastung der Systeme zu vermeiden und keinen Kontrollverlust zu erleiden. Noch gelingt das. Corona legt aber auch wie ein Katalysator jeden Mangel in der Verwaltung oder im gesamtgesellschaftlichen System auf allen Ebenen offen. Wo Schwächen übertüncht werden konnten, öffnet uns diese Situation die Augen und zeigt auch Fehler der Vergangenheit auf. Eine große Chance, regulierend und korrigierend einzugreifen. Wie heißt es, in jeder Krise liegt eine Chance.

Die Fallzahlentwicklung im Landkreis ist sehr dynamisch und von einem starken Anstieg gekennzeichnet. Über 100 Betten in den Krankenhäusern sind bereits belegt. Mehrfach sind verschärfte Regeln durch die Bundesregierung und die Länder in Kraft gesetzt worden. Das ist die wohl schwerste Zeit für viele von uns, die wir gegenwärtig durchleben müssen. Für die einen sind es Einschränkungen im gesellschaftlichen Miteinander, für andere bedeutet es eine immense Kraftanstrengung, die täglichen Aufgaben zu bewälti-

gen und wieder andere fürchten um ihre Existenz. Wir dürfen aber auch diejenigen nicht vergessen, um die es eigentlich geht: die Erkrankten und die Menschen, die als Infizierte oder Kontaktperson viel Zeit in Quarantäne verbringen müssen. Sie vertrauen auf unser Gesundheitssystem und darauf, dass ihnen geholfen wird.

Die Maßnahmen, die die Bundesregierung und auch der Freistaat Sachsen für den Dezember beschlossen haben, sind nicht populär und werden nicht von allen akzeptiert. Fakt ist aber, dass, wenn wir nichts tun und den Dingen ihren Lauf lassen, die Lage eskalieren und außer Kontrolle geraten kann. Was uns im Frühjahr geholfen hat, wird auch jetzt die einzige Möglichkeit sein, die Situation zu beherrschen – und das ist strikte Kontaktvermeidung dort, wo immer es möglich und vertretbar ist. Das gemeinsame Ziel der Regierung und der Kommunen war, unsere Kitas und Schulen offen zu halten. Ich denke, es ist ein richtiges Signal, die Wirtschaft finanziell zu unterstützen. Die dritte wichtige Botschaft ist die, dass es einheitliche Regelungen gibt. Der ständige Wechsel der Bestimmungen muss aufhören. Wir brauchen Regelungen, die einfach zu verstehen und nachvollziehbar sind. Am Härtesten trifft es wohl auch diesmal u.a. die Gastronomen und Hoteliers. Hier geht es um viele Existenzen. Schon im Frühjahr war die Branche stark gebeutelt. Durch die starke Sommersaison konnte wenigstens ein Teil

der entstandenen Einbußen wieder aufholt werden. In der Branche wurden in den letzten Monaten erfolgreiche Anstrengungen unternommen, wirksame Hygienekonzepte umzusetzen. Daher hätten wir uns eine differenziertere und verhältnismäßigere Herangehensweise gewünscht.

Jeder von uns ist ein Stück weit selbst verantwortlich,

mit den Einschränkungen umzugehen. Wir können und müssen verantwortlich mit dieser Situation umgehen. Wichtiger denn je ist jetzt unser Zusammenhalt auf Abstand. Auch wenn Maske tragen dazugehört und sich viele noch immer nicht daran gewöhnt haben, hat sich diese Maßnahme dennoch als wirkungsvoll bei der Eindämmung des Virus erwiesen. Sensibilität und Augenmaß im täglichen Umgang miteinander sowie das Abwägen von „muss unbedingt“ und „kann eventuell“ sollte jede unserer Entscheidungen begleiten.

Wir wissen noch nicht, wann wir wieder zur Normalität zurückkehren können. Aber jeder von uns hat es in seiner Hand mitzutun, dieses Ziel zu erreichen. Deshalb bitte ich Sie heute erneut um Ihre Mithilfe, indem Sie den von der Bundes- und Landesregierung beschlossenen Maßnahmen folgen und damit dazu beitragen, der Weiterverbreitung des Virus Einhalt zu gebieten.



Ich wünsche Ihnen viel Kraft und gute Gesundheit und verbleibe mit besten Grüßen
Michael Geisler

Leben in die Union und Leben in

WIE GEHT ES WEITER IN UNSERER PARTEI?

Diese Frage stellen viele Unionsfreude im Hinblick auf den im Januar anstehenden Entscheidungen auf der Bundesebene.



Wird unsere Partei wieder das Profil entwickeln, das viele von uns in der Erinnerung an Helmut Kohl mit ihr verbinden? Wird es gelingen, Meinungen und Diskussionen zu prägen statt pragmatisch den Kurs einer Koalition auch als Inhalte der Partei zu vermitteln, wie es viele in den vergangenen Jahren empfunden haben?

Ja – die Entscheidung über den neuen Bundesvorsitzenden ist ein wesentlicher Beitrag, was aus der Union werden wird und wie sie in der Lebenswelt der Menschen wahrgenommen werden wird. Friedrich Merz, hinter dem die Mehrheit unserer Parteimitglieder gerade in Sachsen steht, verspricht Profil in der politischen Debatte. Er erzeugt Widerspruch. Das erleben wir in der Partei und in der medialen Öffentlichkeit. Aber er wird das Bild unserer Partei nicht allein bestimmen und die Union wird sich mit oder – was wir nicht wollen – womöglich auch ohne ihn verändern müssen.

Hier sind wir alle gefordert. Denn wir sind die Union und gestalten das Pro-

fil dieser Partei, als Amts- und Mandatsträger, als Vorstände und als ganz normale Mitglieder.

Zu oft hat sich unsere Partei in den vergangenen Jahren mit sich selbst befasst. Seit 2015 hat das Lamentieren über den eigenen Kurs Vorrang gehabt, vor dem Streit mit dem politischen Gegner. Wenn sich drei Mitglieder trafen, war häufig nur die Frage, ob sich zwei oder doch eher drei kritisch mit dem Kurs von Angela Merkel auseinandersetzen – oder vor dem Wechsel des Ministerpräsidenten in Sachsen mit der Politik von Stanislaw Tillich. Und sie haben nicht nur in der Union geklagt, sie haben dieses Bild häufig auch in ihre Freundes- und Bekanntenkreise getragen. Wenn wir aber selbst nicht gut von uns reden – wie können wir es dann von anderen erwarten?

Dass man mich nicht falsch versteht – wir müssen streiten, um den richtigen Kurs der Partei und den Weg, den die Regierung gehen soll. Aber miteinander müssen wir streiten, bevor wir draußen übereinander reden. Auf der Bundesebene ist das in den vergange-

nen Jahren oft zu kurz gekommen. Regierungspolitik wurde als alternativlos dargestellt, wesentliche Entscheidungen kamen ohne politische Debatte in der Union und dennoch in ihrem Namen zustande. Das galt für den Ausstieg aus der Kernenergie wie für die Abschaffung der Wehrpflicht. So etwas darf sich nicht wiederholen. Ob das vermieden werden kann, entscheidet sich mit der Führung von Partei und Regierung, aber auch mit denen, die das im Bundestag kontrollieren.

Dabei gilt es den richtigen Weg zu finden zwischen dem gezielten Widerspruch, der konstruktiven Debatte in der Partei und dem öffentlichen Solidarisieren mit bisweilen beliebten Trend zum dem politischen Gegner oder der so verstandenen öffentlichen Meinung:

>>
**Politik braucht
 Rückgrat und
 Standfestigkeit –
 drinnen wie draußen.**

<<

der Union

Aber wir würden es uns zu einfach machen, nur im Bund die Diskussionen um Ziel und Inhalte einzufordern. Überall, wo wir unsere Union attraktiv erhalten und gestalten wollen, müssen sich Mandats- und Amtsträger der Auseinandersetzung stellen. Damit wir zusammenhalten können, müssen wir miteinander reden, was uns richtig und wichtig ist. Einig können wir nur sein und werden, wenn wir in wichtigen Fragen vorher das Für und Wider austauschen. Dann teilen wir vielleicht nicht alle eine Meinung, aber wir werden einander besser verstehen. Und wir können anders gegenüber denen argumentieren, die den Mehrheitskurs der Union in Frage stellen.

Da darf Kritik nicht als Majestätsbeleidigung derer verstanden werden, die aufgrund von Erfahrung und Amt glauben besser zu wissen, was richtig ist. Nicht allein das Wissen überzeugt und entscheidet, es kommt vielmehr darauf an, andere von dem zu überzeugen, was wir für richtig halten. Darum ist konstruktive Kritik ein Motor für mehr Überzeugungskraft in der Sache.

Das gilt für den Freistaat, wo sich Michael Kretschmer mit seinem Kabinett der öffentlichen Kritik auf einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen stellt und Kritik aufnimmt, wo sie begründet ist. Und die sächsische Union hat an Profil gewonnen, weil sie offen war für Kritik. Das muss aber auch überall sonst gelten, wo Unionsfreunde Verantwortung tragen, im Kreis, in den Städten und Gemeinden. Nur wer sich in der Partei und darüber hinaus kontroversen Debatten stellt, wird die erforderli-



ÜBER DAS GESICHT DER PARTEI ENTSCHEIDET NICHT ALLEIN DIE PERSON DES VORSITZENDEN.

che Zustimmung erreichen. So können wir die Kraft nutzen, die wir im Freistaat wiedergewonnen haben, nachdem sich die Selbstzufriedenheit wie Mehltau über unsere Union gelegt hatte. Dafür werden wir Wert auf die Arbeit in der Partei legen müssen, die eben nicht nur Kandidaten wählt und Wahlkämpfe führt. Der Austritt so manchen Mitglieds nach der Wahl in verantwortliche Positionen wie in Freital oder aber erst nach dem Verlust der mit der Parteimitgliedschaft erworbenen Ämter gibt von diesem Missverständnis Zeugnis.

>>
**Aus der Union
 müssen mehr
 Impulse kommen,
 inhaltlich und personell.
 In der Union
 müssen wir um
 den richtigen Weg
 streiten.**
 <<

Die Union ist neben der inhaltlichen Kompetenz das zweite und gleichberechtigte Standbein, auf dem unsere

Mandatsträger stehen sollten. Weil die Union mehr ist als ein Bündnis zum wechselseitigen Vorankommen. Es braucht nicht nur Wissen, es braucht Identifikation mit dieser Partei. Sie hat als Volkspartei den bei ihrer Gründung noch ausgeprägten Konflikt zwischen den Konfessionen überwunden. Christlich soziales Gedankengut hat die Union mit liberalem Denken und einem modernen Konservativismus zusammengeführt.

Das macht die Union als Volkspartei aus und ist das Zukunftsmodell, auf dem wir für die gute Zukunft unseres Landes weiter gestalten wollen.



Peter Darmstadt
 Pressesprecher des CDU-Kreisverbandes

Ein Stadtverband im **Aufbruch**

„WAS IST BEI EUCH IN FREITAL LOS?“ DIESE FRAGE HÖRTEN WIR IM JUNI SEHR OFT.



Der „Rest-Vorstand“ stand mit denselben fragenden Augen und offenen Mund da, wie alle anderen in der Partei. Was war passiert – das ist einfach in der Rückschau zu berichten. Aber bei der Frage nach dem Warum wird es schon schwerer. Trotzdem soll hier der Versuch unternommen werden, es zu beleuchten.

Eigentlich stand es gut um die Freitaler Union. Der Kommunalwahlkampf im Jahr zuvor wurde engagiert geführt und der damalige Stadtverbandsvorsitzende gewann viele Mitstreiter für unsere Sache. Das Wahlergebnis war trotzdem nicht zufriedenstellend. Im Vorstand gab es seit jeher intensive Diskussionen – aber nie Schuldzuweisungen. Diese gelebte Streitkultur macht uns Konservative aus! Ohne Ideologie, um der Sache willen sich die Köpfe heiß reden. Das konnten wir schon immer sehr gut in der Freitaler Union. Doch dann kam Corona. Und ein Riss ging durch unsere Stadtgesellschaft und das ganze Land.

Am Ende der ersten Welle im Frühsommer – die meisten Beschränkungen waren schon gelockert – zeigte eine Sitzung, wie tief die Pandemie auch unseren Vorstand schon gespalten hatte. Eine Mehrheit um den Oberbürgermeister wollte ein Positionspapier zu Corona verabschieden. Unter

anderem forderten sie einen Untersuchungsausschuss im Landtag. Eine eindeutige AfD-Position. Gerichtet auch gegen unseren Abgeordneten und Innenminister Roland Wöllner – der als Stellvertretender Vorsitzender des Stadtverbandes versuchte, dagegen mit Fakten zu argumentieren. Immerhin saß er täglich im Corona-Krisenstab. Nach Stunden vertagte man sich.

Noch vor der eiligst anberaumten neuen Sitzung bat der Oberbürgermeister alle Vorstandsmitglieder zahlreich zu erscheinen, da das Thema wichtig sei. Doch statt die innerparteiliche Debatte zu führen (mit einer eigenen Mehrheit im Vorstand), trat er plötzlich aus. Und acht Andere folgten ihm. Immer mit der Begründung: Man kann in der CDU nicht mehr diskutieren. Kann man auch nicht, wenn man austritt.

Es folgten ein medialer Aufschrei – mit vielen Vorwürfen gegen die CDU. Auf die anfängliche Ratlosigkeit des Vorstandes folgte schnell beherztes Anpacken. Auch das ist konservativ!

Es ging zuerst um Freital. Und in zweiter Linie auch um unsere Partei. Also luden wir die Mitglieder sofort zu einer Gesprächsrunde ein, diskutierten offen und ehrlich in guter CDU-Manier. Sie kamen zahlreich und es dauerte lang.

Und wir fragten uns auch, was haben wir falsch gemacht. Vielleicht hätten wir frühzeitiger in großer Runde mit allen Mitgliedern reden müssen und Positionen zu Corona finden sollen. Vielleicht war es unfair, das auf dem Rücken des Oberbürgermeisters zu lassen. Vielleicht hat es ihn am Ende überfordert.

Wenig später wählten wir einen neuen Vorstand und begannen der Parteiarbeit neues Leben einzuhauchen. Wir luden Kultusminister Christian Piwarz nach Freital an, diskutierten mit ihm und Lehrern, Erziehern und Elternvertretern die Corona-Maßnahmen. Unser Ministerpräsident und Landesvorsitzender Michael Kretschmer kam vorbei und stellte sich den Debatten.

AUS DER KREISTAGSFRAKTION

CDU-Fraktion hält Kurs

EINE ZWISCHENBILANZ



Plötzlich machten wir wieder Info-Stände. Denn die CDU soll sichtbar sein! „Was ist denn bei Euch los“ war zwar auch hier die häufigste Frage – aber viele zeigten sich auch erleichtert, dass es in Freital immer noch eine starke CDU gibt.

Die zweite Welle der Corona-Pandemie hat jetzt leider einige Sachen ausgebremst. Selbst unsere traditionelle Weihnachtsfeier findet dieses Jahr nicht statt. Dafür planen wir 2021 ein Sommerfest. Der Vorstand tagte jetzt per Videokonferenz. Es wird immer noch eifrig diskutiert. Wie es eben immer in der Freitaler Union gut war. Aber nicht pessimistisch, sondern nach vorn gedacht – denn konservativ sein, heißt konstruktiv sein.

Übrigens: Viele von uns haben Wahlkampf für die Ausgetretenen gemacht. Es wäre eine Frage der Ehre gewesen, wenn die Ex-Stadträte der CDU auf ihr Mandat verzichtet hätten, das sie durch unsere Nominierung und unseren Wahlkampf erhielten. Doch das konnten wir nicht erwarten. Stattdessen stimmen sie jetzt samt Oberbürgermeister einem AfD-Antrag zu. Bei dem ging es wieder um Corona und die sächsischen Schutzverordnungen. Und wieder einmal war er gespickt mit Fakenews.



Christian Fischer
Stadtverbandsvorsitzender Freital

Mehr als ein Jahr nach der Konstituierung des neuen Kreistages Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge kann man ein erstes Zwischenfazit ziehen:

Der Umgangston ist erneut rauer geworden, Anträge und Änderungsanträge zu Beschlussfassungen haben sich gehäuft, die „große“ Politik von EU, Bund und Land wird noch mehr als bisher auf den Kreistag „heruntergezoozt“ – und der Graben zwischen Ideologen und verantwortlich-praktisch Handelnden ist noch tiefer geworden.

Unbeeindruckt von Personaldebatten, auch im Umfeld unserer Kreis-CDU, hält die Kreistagsfraktion sicher ihren Kurs der konservativen Mitte und hat den Kompass nicht verloren.

Leider ist es noch aufwendiger geworden, verlässliche Mehrheiten zu organisieren. Erfreulich ist dabei, dass die bisherigen offenen Gesprächspartner bei FDP und Freien Wählern auch vom Grundsatz her genauso wie



wir das Wohl des Landkreises, der Kommunen und vor allem der Menschen weiter fest im Blick haben.

Bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen, bei denen eher gar nichts als nichts zu verteilen sein wird, wird man sehen, wie lange die Lernphase der Kreistagsideologen noch dauert oder ob auch dieser Teil der Kreisräte bald bereit ist, die Ärmel hochzukrempeln und mitzuhelfen, unseren Landkreis weiter nach vorne zu bringen.

Die CDU-Fraktion wird sich jedenfalls von diesem Ziel nicht abbringen lassen.



Mike Ruckh
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

AUS DER SICHT VON OLIVER WEHNER

Nach der Intensivmedizin kommt die Psychosomatik

Liebe Unionsfreunde, es werde Unheil über Deutschland kommen. Mit dieser Aussage hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Recht auf die dramatischen Folgen der Corona-Virus-Pandemie hingewiesen: überfüllte Krankenhäuser, überlastetes Personal und eine Verwaltung am Limit. Wer dann noch glaubt, ohne Hygienemindeststandards gegen den Staat demonstrieren zu müssen, hat vom angespannten Klinikalltag nicht die geringste Vorstellung.



DRK IM KATASTROPHENFALL - WIE BEIM HOCHWASSER 2013 WERDEN AUCH JETZT VERSORGSZENTREN AUFGEBAUT.

WEGWEISENDE FORSCHUNG UND NOTWENDIGE DISZIPLIN

Trotz dramatischer Lage gibt auch gute Nachrichten für die Zeit nach der Strapaze und der Ungewissheit. Das Bundesgesundheitsministerium führt inzwischen sechs Impfstoffkandidaten, bei denen bis zum Jahresende oder im kommenden Jahr die Zulassung in der Europäischen Union beantragt werden könnte. Für den flächendeckenden Bevölkerungsschutz, die sogenannte Herdenimmunität, müssten mindestens 55 Millionen Menschen in Deutschland geimpft werden. Eine logistische Meisterleistung und Mammutaufgabe zugleich, betrachtet man allein die Anforderungen zur Lagerung eines Impfstoffes. Das Produkt des deutschen Herstellers BioNTech erfordert beispielsweise eine permanente Kühlung von -70 Grad Celsius.

Es wird also eine Priorisierung geben müssen, wer den wertvollen Schutz zuerst erhält. Senioren und Menschen mit Vorerkrankungen, aber auch Mitarbeiter des Gesundheitswesens und

Berufsgruppen zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens könnten im ersten Quartal 2021 den Vorzug bekommen. Wir werden demnach in einigen Monaten eine deutliche Entlastung der Intensivstationen erleben. Aufgeschobene Operationen können dann wieder durchgeführt werden. Die freiwerdenden Kapazitäten sind allerdings nur der erste Schritt zur besseren medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung.

Ganz gewiss werden die Folgen der Pandemie über längere Zeit nachwirken. Gerade die volle Wucht der psychosomatischen Erkrankungen tritt erst allmählich zu Tage. Der Verlust des Arbeitsplatzes, die soziale Einsamkeit durch Isolation, die eingeschränkte Kinderbetreuung in Bildungseinrichtungen oder die Angst vor der Virusansteckung sind nur einige Beispiele, die Menschen in eine Depression fallen lassen können. Die Psychosomatik und deren Konsequenzen für den Patienten sind im

Vergleich zur eigentlichen Corona-Infektion nicht minder als Herausforderung zu bewerten. Möglicherweise ist gar die völlige Schiefelage der Lebenssituation zu konstatieren. Nicht jeder Mensch kann die Kraft und Motivation zur Krisenbewältigung aus sich selbst heraus aufbringen.

Der Staat und die Medizin sind demnach gefordert, den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden aus der Pandemie wirksam entgegenzutreten. Wir alle sind verpflichtet, bestmöglich an der Bewahrung des Gemeinwohles mitzuwirken.



Ihr Oliver Wehner
Stv. Kreisvorsitzender,
Klinikdirektor bei den Celenus-Kliniken

AUS DER ORTSVERBÄNDEN

Fraktionsarbeit in Coronazeiten

IN DIESER LEGISLATUR HABEN WIR UNS ALS FRAKTION ANDERS ORGANISIERT.

Die CDU Gemeinderatsfraktion in Lohmen hat sich auf die Anforderungen, die sich aufgrund der Pandemielage ergeben auf vielfältig Weise eingestellt.



Neu wurde ein zweiter Stellvertreter, ein Beauftragter für die Öffentlichkeitsarbeit und ein Gesprächsführer/Protokollant installiert. Weiterhin haben wir alle Themen in einen Arbeitsplan aufgenommen und jedes Thema wurde/wird verantwortlich von einem Fraktionsmitglied übernommen. Somit haben wir alle Aufgaben aufgeteilt, können diese gut nachhalten und haben die Verantwortung auf breite Schultern gestellt. Mitglieder in unserer Fraktion sind auch die Kandidaten, die leider nicht gewählt wurden. Mir ist das sehr wichtig, da ich froh um jeden bin, der sich engagiert und bei uns jede Meinung zählt. Dies hat sich sehr gut bewährt.

Trotzdem wurden wir mit Corona vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Nachdem im April und Mai unsere Fraktionssitzungen ausgefallen sind, so haben wir jetzt im November unsere erste Fraktionssitzung online ausgeführt. Es war für alle ein Experiment, gab sicher auch Bedenken, aber es hat super funktioniert. Zum Einen war es schön, fast alle mal wieder zu sehen und zum anderen hatte jeder auf seinem Bildschirm die gleichen Dokumente und eine lebhaft Diskussion

war ebenso möglich. Aktuell prüfen wir das bestehende Ortsentwicklungskonzept, welches schon in die Jahre gekommen ist. Dafür wurde innerhalb der Fraktion eine Arbeitsgruppe gegründet, welche auf der Grundlage des Bestehenden u.a. geprüft hat, was wurde schon umgesetzt, was ist noch offen, ist dies noch zeitgemäß, was für neue Ideen haben wir. Das Ergebnis wurde mit einer Präsentation in unserer online-Fraktionssitzung vorgestellt.

Generell haben wir auch überlegt, wie wir unsere Lohmener einbeziehen. Leider können wir unsere „Lohmener Stimmen“ nicht durchführen. Dies ist ein tolles Format, wo wir mittels Plakaten, Homepage und Facebook zu zwei, drei Themen eingeladen haben und auch genügend Raum für Diskussionen blieb. Ich bin sehr froh, dass wir kreative und talentierte Fraktionsmitglieder haben. Gerade erstellen wir kurze und informative Filme zu den unterschiedlichen Themen des Ortsentwicklungskonzeptes. Diese sollen dann über unsere Homepage und Facebook verteilt, geteilt und versandt werden. Gleichzeitig arbeiten wir an einem Informationsblatt, welches vor Weihnachten in alle Lohmener Haus-

halte verteilt wird und wo wir u.a. auch auf die Filme hinweisen. Wir erhoffen uns, dass dies unsere Einwohner anspricht und sie ihre Ideen und Wünsche für unser gemeinsames Lohmen 2030 einbringen.

In dieser bewegten Zeit müssen wir uns ständig hinterfragen und teilweise auch neu erfinden. Ob es gelingt, können wir erst sagen, wenn wir es probiert haben. Wir möchten unsere Lohmener einbeziehen. Da wir derzeit zu keiner Veranstaltung einladen und niemand zu uns kommen kann, versuchen wir, mit diesen kurzen Filmen die Leute zu erreichen.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit, bleiben Sie gesund, und für das neue Jahr 2021 alles Gute.



Silke Großmann
Vorsitzende CDU-Fraktion Lohmen

IMPRESSUM

CDU-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Bahnhofstraße 5 . 01796 Pirna . Telefon: 03501 528433 . mail@cdu-soe.de

© CDU SOE, Dezember 2020 . V.i.S.d.P./ Redaktion: Peter Darmstadt, Dr. David Apel
Grafik & Satz: mcomm . Fotos: CDU / Tobias Koch (2 S. 7) / Jakob Reinhardt (S. 6) /
Laurence Chaperon (S. 7); Tilo Grellmann (S. 9)

ONLINE GEDRUCKT VON

SAXOPRINT

JAHRS BERICHT AUS BRÜSSEL

Wie immer gibt es gute und schlechte Nachrichten aus Brüssel.

FANGEN WIR MIT DER GUTEN NACHRICHT AN:



In der Krise zeigt sich die Handlungsfähigkeit von Institutionen. Nach anfänglichen zögern hat die Europäische Union ihren Verantwortungsbe- reich in der Covid 19-Krise defi- niert und wahrgenommen.

Besser Kommunikation zwischen den Mitgliedsstaaten, Vermeidung von unkoordinierten Grenzschie- ßungen, Etablierung eines Wieder- belebungsfond für die Wirtschaft und vor allem die Koordinierung der Forschung für einen Impfstoff gegen den Virus. Diese Forschung wurde massiv unterstützt und es gibt erste Erfolge.

Die Firma BioNTech präsentierte einen vielversprechenden Impfstoff gegen das Coronavirus. Die Impfstrategie der EU feiert damit einen ersten Teilerfolg. Die EU-Kommission hat dazu einen Vertrag über bis zu 300 Millionen Impfdosen für die EU-Bürger abschließen können.

Das ist ein europäischer Erfolg, so sieht europäischer Mehrwert in der Praxis aus.

Die nächste gute Nachricht – dem Europäischen Parlament ist es gelungen die Auszahlung von EU-Geldern an die Rechtsstaat- lichkeit in den Mitgliedsstaaten zu koppeln. Die Mitglieder in der EU sind nun mal an Rechte und Pflichten gebunden.

Nun aber die schlechte Nach- richt: Polen und Ungarn drohen mit einem Vetorecht. Sie wollen dem Europäischen Haushalt nur zustimmen, wenn diese Klausel annulliert wird.

Ich finde es beschämend, Mit- gliedsstaaten an Selbstverständ- lichkeiten, nämlich die Einhaltung der EU-Verträge erinnern zu müs- sen. Übrigens ist Polen der größte Nettoempfänger der EU. Wer hier blockiert, blockiert sich selbst und Deutschland könnte, als größter Nettozahler, Geld sparen. Das ist eine groteske Situation.

Ich hoffe, das Parlament, die Kommission und die große Mehr- heit der Mitgliedsstaaten bleiben hier standhaft.

Und dann wäre da noch der BRE- XIT, aber dazu mehr im nächsten Jahr's Bericht.



Dr. Peter Jahr
CDU-Europaabgeordneter

NEUE VORSTÄNDE

STADTVERBAND DIPPOLDISWALDE

Vorsitzender: **Kerstin Körner**
Stellv. Vors.: **Agnes Roderfeldt**
Schatzmeister: **Konrad Wohlgemuth**
Beisitzer: **Dr. Steffi Nobis, Thomas Quinger, Jens Stoppok, Torsten Teubner**
Mitgl.beauftragte: **Dr. Steffi Nobis**

JUNGE UNION

Vorsitzender: **Richard König**
Stellv. Vors.: **Julian Schiebe**
Schatzmeister: **Björn Schwedes**
Beisitzer: **Saskia Behrendt, Eddi Rosch, Paul Hoppe, Wladimir Lobko**

STADTVERBAND HEIDENAU

Vorsitzender: **Richard König**
Stellv. Vors.: **Marion Franz, Conny Schübler**
Schatzmeister: **Cornelia Schmiedel**
Beisitzer: **Tobias Gockel, Reno König, Peter Leichsenring, Georg Lindner, Wladimir Lobko, Mirko Tillack**
Mitgl.beauftr.: **Jürgen Opitz**

STADTVERBAND BAD GOTTLEUBA- BERGGIESSHÜBEL

Vorsitzender: **Markus Funken**
Stellv. Vors.: **Robert Kühn**
Schatzmeister: **Thomas Peters**
Beisitzer: **Madlen Rätze**
Mitgl.beauftr.: **Robert Kühn**

GEMEINDEVERBAND DÜRRRÖHRSDORF- DITTERSBACH

Vorsitzender: **Frank Sander**
Stellv. Vors.: **Armin Stettinius**
Schatzmeister: **Thomas Lapp**
Beisitzer: **Eckhard Füllborn**
Mitgl.beauftr.: **Frank Sander**

STADTVERBAND FREITAL

Vorsitzender: **Christian Fischer**
Stellv. Vors.: **Prof. Dr. Roland Wöller, Peter Darmstadt**
Schatzmeister: **Cornelia Eichler**
Beisitzer: **Heidrun Weigel, Pascal Ziehm**
Mitgl.beauftr.: **Sebastian Handke**
Schriftführerin: **Marina Schütze**